

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk. 45 Pfg., in Altensteig 12 Mk. | Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., die Reklamezeile 1 Mk. 50 Pfg. Mindestbetrag eines Auftrags 2 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorschlag ist der Rabatt einfügig.

Nr. 93.

Altensteig, Samstag den 23. April.

Jahrgang 1921.

## Eine Ablehnung Amerikas.

Berlin, 22. April.

Ein Mitglied der amerikanischen Mission hat dem Reichsminister Dr. Simons die Antwort der amerikanischen Regierung übermittelt, die folgendermaßen lautet: Die amerikanische Regierung ist nicht in der Lage, ihre Zustimmung dazu zu geben, in der Entschädigungsfrage derart zu vermitteln, daß sie als Schiedsrichter an ihrer Regelung mitwirkt. Durchdrungen von dem Ernst der aufgeworfenen Fragen und deren Bedeutung für die ganze Welt, ist die Regierung der Vereinigten Staaten selbst stark an einer baldigen und gerechten Lösung dieser Fragen interessiert. Die amerikanische Regierung wünscht dringend eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen und gibt wiederholt ihre ernstlichen Hoffnungen aus, daß die deutsche Regierung schnell Vorschläge machen möchte, die eine geeignete Verhandlungsgrundlage bieten. Sollte die deutsche Regierung diesen Weg einschlagen, so will die amerikanische Regierung in Erwägung ziehen, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen in einer für sie annehmbaren Weise auf die Angelegenheit zu lenken, damit die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden.

## Zur Lage.

Im Antikentempel beim Neuen Palais in Potsdam ist die verstorbene Kaiserin Auguste Viktoria am 19. April beigesetzt worden. An der Feuer nahmen viele deutsche Fürsten, über 7000 Offiziere des früheren Heeres, darunter Hindenburg, Ludendorff, Mackensen und andere Führer teil. In dem großen Park, in dem der Tempel friedlich gebettet liegt, sollen nach den Berliner Blättern mehr als 50000 Menschen in andächtiger Stille dem ersten Akt beigewohnt haben. Und drüben in Berlin brodelte unterdessen der Streit in den Parteikreisen weiter. Man konnte sich über die neue Regierung in Preußen nicht einigen, trotz dem schon wochenlang verhandelt worden war. Stegerwald, der am 9. April zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, mühte sich lange vergebens ab, ein Kabinett zusammenzubringen, bald unter diesem, bald unter jenem Gesichtspunkt. Daß alles nichts. Endlich bekam Stegerwald die Sache satt. Er einigte sich mit den Demokraten und bildete ein sogenanntes Koalitionsministerium der bürgerlichen Minderheit aus Zentrum und Demokratie. Dann schrieb er dem preussischen Landtag, daß er wegen der persönlichen Angriffe, denen er bei den Verhandlungen mit den Parteien ausgesetzt gewesen sei, die Ministerpräsidentenschaft wieder zur Verfügung frei stelle. Das war natürlich nur eine Formalität, denn es war nicht zu bezweifeln, daß Stegerwald vom Landtag sofort wieder gewählt werde. Das ist denn auch am 21. April geschehen. Von 371 abgegebenen Stimmen fielen 227 auf ihn; er erhielt also Stimmen der bürgerlichen Parteien. Aber die Sozialdemokraten wählten ihn diesmal nicht, wie sie es am 2. April getan hatten; auf ihren Kandidaten Braun fielen 100 Stimmen. Die Unabhängigen gaben ihre Stimmen nicht dem Sozialdemokraten, sondern ihrem Mitglied Ludwig, der 21 Stimmen erhielt, die Kommunisten gaben weiße (ungültige) Stimmzettel ab. Das preussische Kabinett besteht nun aus 2 Angehörigen des Zentrums, Stegerwald (Präsident und Wohlfahrt), Am Jahn (Justiz) und 2 Demokraten Fischbein (Handel) und Dominikus (Inneres), von denen die ersten drei schon im bisherigen Kabinett saßen, ferner aus drei Beamten Präsident des Landesfinanzamts Kassei Sämisch (Finanzen), Ministerialdirektor Dr. Warmbold (Landwirtschaft) und Staatssekretär Dr. Becker (Kultur). Dr. Warmbold war früher Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Hohenheim, ist also wie Sämisch Fachmann. Da nun aber das neue Kabinett parteimäßig von 128 Stimmen nur 110 hinter sich hat, ist es auf die Unterstützung der Rechten, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angewiesen, die

wohl auch nicht verjagt werden dürfte, da Stegerwald sich in diesen Parteien großer persönlicher Beliebtheit erfreut und den Parteien daran gelegen sein muß, endlich eine Stetigkeit in der Regierung herbeizuführen. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Abstimmung Stegerwald das Vertrauen entzogen und ist in die Opposition getreten. Die sozialdemokratische Fraktion ist aber die stärkste im Landtag, und wenn auch die bürgerlichen Fraktionen zusammen eine sichere Mehrheit darstellen, so wird die Stellung des Kabinetts doch eine schwierige sein.

Immerhin ist jetzt doch vorläufig in dem größten Bundesstaat wieder ein fester Punkt geschaffen und das wird hoffentlich nicht ohne günstige Rückwirkung auf die Reichsregierung bleiben, denn auch da ist nicht alles im Blei. Im Reichskabinett sollen Meinungsverschiedenheiten über die Entschädigungsfrage bestehen. Die Vorschläge, die Dr. Simons dem Verband durch eine neutrale Vermittlung machen will, haben nicht ungeteilten Anklang gefunden. Auch die mißglückte Werbung für eine neutrale Vermittlung soll Bedenken hervorgerufen haben. Die Schweiz und der Vatikan hätten wohl kein Bedenken getragen, den Präsidenten Harding den Wunsch der Reichsregierung, die Entschädigungsfrage in die Hand zu nehmen, ans Herz zu legen, wenn sie sich nicht vergewissert hätten, daß der Verband jede Einmischung entschieden ablehne. Frankreich hat das ja auch mit aller Entschiedenheit erklärt. Harding, so heißt es, wäre für sich nicht abgeneigt, aber er wolle von allen beteiligten Staaten dazu aufgefordert sein.

Da kam nun die überraschende Mitteilung, daß die Reichsregierung durch den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Drexel, sich selbst im Namen des deutschen Volks an den Präsidenten Harding mit der Bitte gewandt habe, die Vermittlung in der Entschädigungsfrage zu übernehmen und die Zustimmung der Verbündeten herbeizuführen. Die Reichsregierung verpflichtet sich im voraus, seinen Schiedspruch dem Wortlaut wie dem Geiste nach zu erfüllen. Das ist ein Schritt von ungeheurer Bedeutung. Wir wissen aus den Berichten des Pariser „Matin“ über die Ausrufung des französischen Sondergesandten Biviani, daß dieser sich in Washington zwar eine glatte Absage in bezug auf die französischen Wünsche über die Anerkennung des Völkerbunds, über ein Waffenbündnis gegen Deutschland, über die Art der Verteilung der deutschen Kolonien und über die Einziehung eines allgemeinen Arbeitsrats geholt hat, aber Harding und seine Regierung haben das Vorgehen des Verbands gegen Deutschland, die Entschädigungsforderungen, die Entwaflung und ebenso die Art der Beeinflussung Deutschlands durch Besetzung und andere Sanktionen, den Raub der deutschen Provinzen, Schiffe usw. durchaus gebilligt. Zwar ist Harding ohne Zweifel ein ehrlicher Charakter als Wilson, aber von irgendwelchen freundlichen Regungen gegen Deutschland kann bei ihm doch wohl auch keine Rede sein. Darum wäre es ganz unangebracht, von ihm eine für uns günstige Beeinflussung der Verhandlungen zu erwarten.

Der Schritt der Reichsregierung hat bei verschiedenen Parteien des Reichstags eine ungünstige Aufnahme gefunden und es ist wohl möglich, daß die Krise dadurch wieder eine Verschärfung erfährt. Zum Unstern hat Präsident Harding das Ersuchen der Reichsregierung abgelehnt, mit vielen nichts sagenden Worten, aus denen aber wenigstens soviel hervorgeht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keineswegs gewonnen ist, Deutschland irgendwie zu Hilfe zu kommen, daß sie vielmehr in ihrem Interesse die Entschädigungsfrage zur Zufriedenheit der Verbündeten baldigst erledigt sehen will und zu diesem Behuf ausreichende Vorschläge von Deutschland erwartet. Solche Vorschläge, soweit sie den Wiederaufbau in Frankreich und Belgien betreffen, sind übrigens zugleich mit der Note an Harding dem Verband bereits übermittelt worden.

Lloyd George und Briand haben nun, wenn sie sich am 23. April in dem englischen Badeort Hythe treffen, vollkommen freie Hand. Allerdings wird Harding, um sich auf dem Laufenden zu erhalten, auch einen Beobachter hinschicken, der aber nach der Ablehnung des deutschen Vermittlungsantrags kein großes Hindernis mehr sein dürfte. Marshall Foch hat mit anderen „Sachverständigen“ — die militärischen Sachverständigen spielen die Hauptrolle, seitdem das Wort

der „Sanktionen“ für die Gewaltmaßregeln gewißt worden ist — schon einen Plan ausgearbeitet, wie man nach dem 1. Mai, der letzten Frist, die „Richterfällung des Friedensvertrags“ austreiben kann. Es soll wieder einen schließlichen Krieg gegen ein wehrloses Volk geben und der Marshall will dazu — auf deutsche Kosten natürlich — ein Freiwilligenheer von 100000 Mann auf die Beine bringen. Die neuen Sanktionen kennen wir schon aus den französischen Blättern. Das ganze Industriegebiet an der Ruhr und weit hinein nach Westfalen wird besetzt. Die Kohlengruben arbeiten nur noch für den Feind, der bestimmt, wieviel er von der Förderung nach den Deutschen für ihren Gebrauch überlassen will. Er kann aber für Deutschland die Kohlenabgabe ganz sperren, wenn es seine Vertragspflichten nicht erfüllt. Obendrein wird auf jede Tonne Kohlen eine Abgabe für den Verband von 50-70 Franken gelegt, der Deutsche muß also künftig seine eigenen Kohlen, wenn er sie erhält, um etwa 1.20 Mark für den Zentner teurer bezahlen ohne die Preissteigerung, die wegen der Lohnerhöhung an sich schon eintreten wird. Von dem Betriebsgewinn der ganzen Industrie jener Gegenden wird der Verband ferner den größeren Teil für sich einstreichen, unbeschadet darum, daß das Privatvermögen ist das von zivilisierten Staaten sonst seit Jahrhunderten respektiert wurde. Aber freilich, sie haben ja auch im Sommer 1919 die Reichsbank der Hälfte ihres damaligen Goldbestands, der 2265 Millionen Mark betrug, beraubt, obgleich die Reichsbank ein Privataktionärunternehmen ist, und jetzt verlangen sie, daß der Rest des Goldbestands mit rund 1100 Millionen in die Reichsbankfiliale nach Mainz oder Koblenz unter ihre „Kontrolle“ als „Bürgschaft“ gebracht werde. Wenn auch diese Deckung unseres Papiergelds schwände, so kann man sich vorstellen, was unsere Noten noch wert wären und welche Teuerung kommen müßte. Zur Ergänzung machen die englischen Sachverständigen noch den Vorschlag, das ober-schlesische Industriegebiet als Sonderstaat 30 Jahre lang durch den Verband zu „verwalten“; der Verband könne in dieser Zeit etwa 75 Milliarden Goldmark für sich aus dem Land herauspressen und den hungrigen Polen könne man ja auch ein paar Knochen hinwerfen.

Lloyd George ließ durch sein Blatt „Daily Chronicle“ wissen, daß er gegen die französischen Absichten nichts einzuwenden habe. Mit den neuen Sanktionen ist also ziemlich sicher zu rechnen. Es bleibt nun beinahe nur noch die Hauptsache eine offene Frage: wird der Verband mit den Sanktionen von Gütte mehr Glück haben als mit denen von London? Die 50prozentige Auflage auf die deutsche Ausfuhr hat sich in England schon als ein Fehlschlag erwiesen, der die englischen Geschäftsleute fast ebenso schädigt als die Deutschen. In den ersten 15 Tagen ist die Einfuhr von Waren, die man in England nicht missen möchte, um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Zollabsperzung des besetzten Gebiets vom Reich droht zu einer fürchterlichen Blamage zu werden, denn schon am ersten Tag ihres Inkrafttretens, am 21. April, war die Bewirtung so groß, daß der Güterverkehr fast ganz stockt. In einem solchen Verkehrsgebiet kommt man eben nur mit deutschem Fleisch und deutscher Pflanzlichkeit zurecht, aber nicht mit Schlamperei und Grobhandigkeit. Wenn es nun die Industriellen, die Ingenieure und die Arbeiter im Ruhrgebiet ebenso machen wie die Zollbeamten in der Pfalz und den Karren stehen lassen? Herr Foch wird ihn auch mit 200000 Freiwilligen nicht in Gang bringen. Man kann ja, wie es die Rheinlandkommission, die Vertreterin des Völkerbunds, den deutschen Zollbeamten gegenüber getan hat — die Pfälzer sind beigeiten über den Rhein wagen — auch die Ruhrleute als Sklaven erklären, die bei schwerer Strafe ihre Stelle nicht verlassen dürfen, wenn sie auf das Zuderbrot der „verbesserten Lebensmittelversorgung“ nicht anbeissen. Aber die Arbeitslust wird dadurch schwerlich angepörrt werden und drei Monate — so lange soll die Sanktion dauern — gehen auch herum.

Man muß sich übrigens billig wundern, daß die Reichsregierung es sich gefallen läßt, daß alle diese Gewalttaten immer und täglich mit der „Richterfällung des Friedensvertrags“ bemantelt werden und daß so der Welt zum Schaden Deutschlands fortwährend Sand in die Augen gestreut wird. Wer hat den Vertrauens

Deutschland ist es nicht. Und wenn es die von Kon-  
ferenz zu Konferenz gesteigerten Forderungen nicht er-  
füllen kann, so ist es nicht seine Schuld. In Paris  
am 29. Januar d. J. sagte man: der Vertrag von  
Versailles gilt nicht mehr. Heute heißt es: die Kon-  
ferenzen von Paris und London sind überholt, es gilt  
nur noch der Vertrag von Versailles — wie der Verband  
da aussieht. Es liegt klar auf der Hand: wenn Dr.  
Simons in London die Pariser Abmachungen auch dem  
Wortlaut nach angenommen hätte — tatsächlich ist er  
bekanntlich noch darüber hinausgegangen —, wir hätten  
den „Sanktionen“ doch nicht entzogen können. Denn  
Frankreich will das deutsche Geld, aber es will auch den  
deutschen Rhein und es will uns niederbrücken und be-  
wältigen auf jede Weise. Darum sollte, so oft von  
London oder Paris die Beschuldigung der „Nichterfüllung“  
erhoben wird, ebenso oft der entscheidende Wider-  
spruch entgegengebracht werden. Den Feinden ist es nicht  
zum Überdruß geworden, daß die „Nichterfüllung“ so-  
zusagen ihr zweites Wort geworden ist; das Wort hat  
sich in der Welt eingepreßt wie die Lüge von der Kriegs-  
schuld. Vernein wir doch endlich daraus!

### Das Programm Stegerwalds.

Berlin, 22. April. In seiner heutigen Programm-  
rede im preussischen Landtag erklärte Ministerpräsident  
Stegerwald: Die Regierung steht einmütig auf dem  
Boden der Reichs- und preussischen Verfassung. Sie  
wird die großen Reformgesetze über die Gemeindefinanz-  
verfassung, sowie das Gesetz über die Provinzial-  
autonomie so rasch als möglich vorlegen. Handel  
und Wandel sind durch die von unseren ehemaligen  
Feinden geplanten Maßnahmen aufs äußerste bedroht.  
Hervorgehoben man die Nerven unseres Wirtschaftslebens,  
so wird das für die Gläubiger des deutschen Volks  
für uns selbst die größten Nachteile haben. Uns droht  
dann vor allem die Arbeitslosigkeit. Deshalb wird die  
Regierung die Frage der produktiven Erwerbs-  
losensfürsorge eifrig fördern. In Verbindung hiermit  
wird die Regierung auf die Erhaltung eines gesunden  
unabhängigen Mittelstands Bedacht nehmen und  
auch die Vermehrung des landwirtschaftlichen  
Mittelstands, sowie die Schaffung von  
Arbeitsplätzen eifrig betreiben. In Erfüllung der Reichs-  
verfassung wird das Verhältnis zwischen dem Staat und  
den Religionsgesellschaften neu zu regeln  
sein. Die überaus schwierige Lage der preussischen Staats-  
finanzen erfordert äußerste Sparsamkeit. Seit der  
Revolution ist die Frage des Verhältnisses zwischen dem  
Reich und Preußen niemals zur Ruhe gekommen. Die Re-  
gierung wird sich die Pflege denkbare besser Ver-  
hältnisse zum Reich angelegen sein lassen. Zur  
Zeit tritt die Frage der Neugliederung des Reichs zurück  
hinter der unbedingten Aufrechterhaltung von Ord-  
nung und Sicherheit im Lande, die neben dem  
Bestreben von Oberpräsidenten beim Reich die wichtigste  
Voraussetzung auch für die Erfüllung der Leistungen aus  
dem Friedensvertrag ist. Oberschlesien hat sich mit  
großer Mehrheit entschieden, bei Deutschland zu verblei-  
ben. Soll das Selbstbestimmungsrecht des Volks nach  
dem Versailler Vertrag nicht zum Gehalt der Welt werden,  
so ist über das Geschick Oberschlesiens zu Gunsten Deutsch-  
lands entschieden. Die sogenannten Sanktionen und  
die Methoden neuer Gewaltmaßnahmen bedrohen das  
deutsche Volk mit schwersten Erschütterungen. In der  
Stunde der Gefahr und schwerster Bedrohungen hat sich  
das deutsche Volk stets als handfest gezeigt und so ist an-  
zunehmen, daß auch die Sanktionen unserer ehemaligen  
Gegner das deutsche Volk einig finden werden. Dank  
der Standhaftigkeit der Rheinländer haben die San-  
ktionen bisher nicht das erstrebte Ziel erreicht. Sie wer-  
den es auch nicht erreichen. Die Regierung wird  
mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln dafür  
Sorge tragen, daß das Reich den schwer bedrohten  
Landesteilen Hilfe bringt. Wenn wir jetzt mit unseren  
Gegnern erneut über die Wiedergutmachung und aus-  
sprechen werden, so muß betont werden, daß alles das,  
für was die deutsche Unterschrift verlangt wird, im  
Rahmen der Leistungsmöglichkeit des deutschen  
Wirtschaftslebens gehalten sein muß.

### Neues vom Tage.

#### Die Mitteilung an die Parteiführer.

Berlin, 22. April. Gestern abend versammelten sich  
wie der „Kokalanziger“ berichtet, die Führer der Reichs-  
tagspartei, bei dem Reichsminister Simons, der  
ihnen von der Abendung der Note an die amerikanische  
Regierung Kenntnis gab. Die Abgeordneten Schei-  
demann (Soz.) und Helfferich (Deutschnational)  
äußerten lebhaftes Bedauern. Es sei bedauerlich, daß die  
Reichsregierung das Parlament überfordert und vor ein  
vollendete Tatsache gestellt habe, statt sich vorher mit  
ihm ins Benehmen zu setzen. Das sei mit dem par-  
lamentarischen System unvereinbar. In der Besprechung  
wurde mitgeteilt, daß der Vatikan die erbetene Vermitt-  
lung abgelehnt habe, weil die vorzeitige Stellungnahme  
einiger Blätter („Germania“) den Erfolg der Vermitt-  
lung unmöglich gemacht habe.

#### Polnischer Raub.

Berlin, 22. April. Nach dem „Kokalanziger“ ist  
das dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ge-  
hörende Rittergut Collins vom polnischen Staat be-  
schlagnahmt und dem polnischen Staatschatz einver-  
leibt worden. Prinz Friedrich Leopold hat durch sei-  
nen Rechtsvertreter beim preussischen Finanzministerium  
Einspruch erhoben und die Ministerium für den ent-  
standenen Schaden ersatzpflichtig gemacht.

### Ratholikentag.

Frankfurt a. M., 22. April. Vom 28.—30. August  
d. J. wird hier wieder ein allgemeiner deutscher Katho-  
likentag stattfinden, mit dem das 100jährige Bestehen  
des Bistums Limburg gefeiert wird. Der letzte Katho-  
likentag fand 1913 in Reg statt.

#### Rückgang der Kohlenförderung.

Offen, 22. April. Durch den Wegfall der Ueberbräu-  
ten ist die deutsche Kohlenförderung in den beiden ersten  
Wochen des April bei gewöhnlicher Siebenstundenschicht  
um 220 000 Tonnen zurückgegangen.

#### Arbeitslose als Freiwillige.

Paris, 22. April. Der Abgeordnete Anceel ersuchte  
den Kriegsminister Barthou, vor Einberufung der  
Jahresklasse 1919 für 6 Monate Freiwillige anzu-  
werben. Dadurch würde man den Arbeitslosen  
zu Hilfe kommen.

#### Deutsche Maschinen für Serbien.

Belgrad, 22. April. Der Ministerrat nahm das An-  
gebot der deutschen Regierung, wonach Deutschland an  
Stelle von 9000 Pferden eine entsprechende Menge Ma-  
schinen an Serbien liefern soll, an. Die Entschädigungs-  
kommission in Paris wurde um die erforderliche Zusam-  
mung ersucht.

#### Der türkisch-griechische Kampf.

Konstantinopel, 22. April. Die türkische Regie-  
rung hat gegen die Unternehmungen der griechischen Flotte  
im Marmara-Meer und in den Dardanellen beim Ver-  
band erneut Widerspruch erhoben.

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, die Re-  
gierung habe keine Nachricht darüber, daß die Griechen  
auf die Fortsetzung des Kampfes verzichten wollen.

#### Die Bolschewisten in Armenien.

London, 22. April. Neuter meldet aus Teheran,  
die Städte Erivan siehe in Flammen. Die Bevöl-  
kerung flücht vor den Bolschewisten in der Richtung  
auf Bangezar und werde von der Nachhut des armeni-  
schen Heeres geschützt. Die Bolschewisten haben die her-  
vorragenden Partisanenführer der demokratischen armeni-  
schen Regierung, darunter mehrere Abgeordnete, hin-  
gerichtet.

#### Die bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Regierung in Saaxen.

Dresden, 22. April. Die vereinigten bürgerli-  
chen Parteien anken am Donnerstag im Verlauf  
der Haushaltsberatungen eine gemeinsame Erklärung  
ab, daß sie mit Rücksicht auf den einseitigen Parteikar-  
akter der sächsischen Regierung, der noch durch  
Aussagen einzelner Minister bestätigt wurde, vor allem  
aber durch die Unterstützung der kommunistischen Minister  
zutage trete, von jetzt jedem Minister ohne Rücksicht auf  
die Person das Gehalt verweigern werden. Die  
sozialistischen Abgeordneten verließen darauf den Saal,  
was die Abstimmung über das Gehalt des sozialistischen  
Finanzministers, das zur Beratung stand, zu verhin-  
dern. Die Abstimmung soll am Dienstag vorgenommen  
werden, wozu die Sozialisten, die im Landtag eine  
Stimme Mehrheit haben, vollständig erscheinen sollen.  
(Das sächsische Ministerium setzt sich nur aus Mitglie-  
dern der drei sozialistischen Parteien zusammen.)

Berlin, 22. April. Alle kommunistischen Ortsvor-  
steher der Provinz Sachsen sind ihres Amtes entsetzt  
worden. — Der kommunistische Ortsverein in Oldes-  
loe (Holstein) ist zur sozialdemokratischen Partei über-  
getreten. — Der kommunistische Reichstagsabgeordnete  
Treuher (Boschum) hat seinen Austritt aus der Frak-  
tion erklärt; er wird das Mandat beibehalten, aber  
vorläufig keiner anderen Fraktion beitreten.

#### Ein amerikanischer Kriegsgeneralfstab.

Washington, 22. April. General Pershing ist  
zum Chef des neugegründeten Kriegsgeneralfstabs  
ernannt worden. Zur Begründung führte der Staats-  
sekretär für den Krieg an, die Vereinigten Staaten könn-  
ten im Frieden zu einer schleunigen Vorbereitung mili-  
tärlicher Unternehmungen genötigt werden. Der neue  
Kriegsgeneralfstab werde sich mit den Feldzugsfragen zu  
befassen haben, während der bisherige Generalfstabschef  
weiterhin die innere Heeresverwaltung befallen werde.

### Reichstag.

#### Die Erklärung des Reichsministers Simons.

Berlin, 22. April.  
Am Regierungstisch sämtliche Kabinettsmitglieder.  
Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.  
Minister des Reichers, Dr. Simons macht folgende Mitteilung:  
Nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen hat die Reichs-  
regierung unaufhörlich Schritte getan, um eine neue Grundlage  
für Unterhandlungen mit den Verbündeten zu finden. Das war  
nach der Meinung fast sämtlicher Parteien des Reichstags die  
Frage des Wiederaufbaus. Infolgedessen wurde alsbald mit dem  
Wiederaufbauminister ein Plan für die technische Durchführung  
ausgearbeitet, der nun an die Entschädigungskommission ab-  
geschickt wurde und die verschiedenen Systeme des Wiederaufbaus  
zur Auswahl abt. Eines derselben entspricht den Vorschlägen  
der deutschen Gewerkschaften.

Die zweite Aufgabe war die Beschaffung der Zahlungsmittel.  
Da Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit aufs äußerste be-  
schränkt ist, so mußte das Hauptaugenmerk gerichtet werden auf  
Unterlagen für den Plan einer internationalen Anleihe, deren  
Versicherung und Tilgung Deutschland zu übernehmen hätte.

Auf dieser Grundlage hat die Reichsregierung mit  
den Gegnern Fühlung zu nehmen gesucht, um wieder  
zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Alle diese Ver-  
suche sind aber gescheitert. Wir haben auch an eine Vermittlung  
Amerikas gedacht, weil Amerika an der Frage beteiligt ist  
und von allen Mächten die einzige ist, deren Finanzkraft sie in  
die Lage versetzt, wirkliches zur Lösung der Entschädigungsfrage

zu tun. Unsere Note ging hinaus auf die unbedingte Annahme  
der schiedsgerichtlichen Entscheidung auf Grund einer eingehenden  
Prüfung. Damit war Amerika in die Lage versetzt, ein Schieds-  
verfahren einzuleiten, bei dem Deutschland Gelegenheit gehabt  
hätte, alle ihm günstigen Beweise vorzubringen. Die ameri-  
kanische Regierung hat das Angebot nicht angenommen. Die  
Vermittlung als Schiedsmann ist abgelehnt, die Vermittlung  
im gewöhnlichen Sinne jedoch angenommen mit der Einschrän-  
kung, daß Deutschland der amerikanischen Regierung Vorschläge  
unterbreitet, die die amerikanische Regierung als Grundlage  
für geeignet hält.

Es muß nun in Ermägung darüber eingetreten werden, wie  
die Vorschläge zu gestalten sind, und über diese Frage wird  
sich zunächst die Regierung selbst schlüssig zu machen haben.  
Die Kabinettsitzung wird heute nachmittags stattfinden und die  
Regierung wird erst morgen in der Lage sein, dem hohen Haus  
über die Grundsätze ihrer Politik in der Entschädigungsfrage Rede  
und Antwort zu geben. Die Regierung ist der Ueberzeugung,  
daß sie in der Festsetzung der Vorschläge bis an die Grenze  
dessen gehen muß, was das deutsche Volk fassen kann. (Ausrufe.)  
Das ist umso mehr notwendig, als wir leider bei Beurteilung  
unserer Lage fast das ganze Ausland gegen uns haben. Diese  
Verurteilung muß allmählich aus der Welt verschwinden, nicht da-  
durch, daß wir nunmehr Versprechungen machen, von denen  
wir wissen, daß wir sie nicht halten können, sondern dadurch,  
daß wir dem Ausland vollständig klären über unsere Lage  
einschicken. (Aachen und spätere Zurufe bei den Soz.)

Die Sitzung wird abgebrochen. Nächste Sitzung Samstag 3  
Uhr: Entgegennahme einer weiteren Regierungserklärung.

### Aus Stadt und Land.

Altensiege, 23. April 1921.

\* Besondere wurde Oberbahnhofsorchester Weick in Calw  
zum Eisenbahninspektor auf seiner jetzigen Dienststelle.

P. B. Sitzung des Gemeinderats vom 20. April. An-  
wesend: der Vorsitzende und 12 Mitglieder des Gemein-  
rats. Die Kreisregierung Reutlingen hat mit Erlaß vom  
4. April die ihr vorgelegten Schenkungen zur Umwandlung  
der hiesigen Sparkasse in eine städtische Sparkasse mit einigen  
formalen Änderungen anerkannt, und die Uebergangsge-  
nehmigung in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat nimmt  
hieron Kenntnis und beschließt, die Kreisregierung zu bitten,  
nämlich die erhaltene Genehmigung auszusprechen. — Die  
hiesige Rathenwiesengemeinde ersucht um Erledigung des Beitrags  
der bäuerlichen Gemeinde zu dem Gehalt des Wessens;  
Beschluss: diesen Beitrag von hiesigen M. 200.— auf  
M. 300.— zu erhöhen. — Auf Veranlassung der Ober-  
postdirektion sind in Sachen der Wulvinke Altensiege — Dom-  
scheiter mit Posthalter Schraff hier Verhandlungen zu führen,  
betrifft Ermäßigung s. seiner Entschädigungsansprüche wegen  
Ausbildung des Postfachdienstes Altensiege. Posthalter Schraff,  
der in der Sitzung erscheint, kann sich zu einer Ermäßigung seiner  
Forderung nicht verstehen; da die beteiligten Gemeinden,  
wobei viele Entschädigung tragen sollen, solche nicht über-  
nehmen wollen, so ist damit zu rechnen, daß dadurch der  
Autobetrieb erst nach Ablauf der Rückzahlung am 9. Sept.  
in Kraft tritt. — Postmeister Diem berichtet über einen  
Stammholzverkauf auf Stadtwald Brandhalde und Gesselt-  
tann, von insgesamt 670 Jm. Tannen, Fichten und Föhren.  
Hierauf wurden von der Firma Martin Baum hier geboten,  
220 und 226 Prozent für Fichten und Tannen, sowie 170  
Prozent der Föhren für Föhren. Dieses Angebot findet  
Annahme, und der Verkauf genehmigt. — Die Arbeit-  
arbeiten zu den am letzten Schulhaus anzubauenden Fen-  
sterläden werden dem Malermstr. Chr. Kunz, die Schlosser-  
arbeiten dem am Schlossstr. Paul Schupp übertra-  
gen. — Die Besatzung von S. h. s. s. s. auf die Gesehronner  
Steige und Gendhäuser Straße soll zur Vergebung aus-  
geschrieben werden. — Fabrikant Otto Kollenbach bietet um  
Anschluß seines Neubaus an die städt. Wasserleitung; und  
an das Stromnetz des Elektrizitätswerks was zu den üblichen  
Verbindungen genehmigt wird. — Die Anschaffung neuer  
Bänke für die Schloßorgananlagen und sonstige Wege wird  
beschlossen. — Postmeister Diem gibt Aufschluß über die  
von ihm gewählte teilweise Neuordnung des Anstellungs-  
vertrages, an welche sich eine längere Aussprache anschließt.

\* Lutherfeier. Die gestern in der hiesigen Stadtkirche  
veranstaltete Lutherfeier war von hier und der Umgegend  
sehr gut besucht. Gemeindeglieder, von Stadtpfarrer Haag  
regierte Laudatorien und Kapelle beifolgt, Gesangschor  
der Kammerliederinzel Helma Dieckel, Volm-  
und Orchester von Hel. Trudel Wetmann und Hauptlehrer  
Buchstiel Simonfeld gaben zusammen ein abgerundetes  
und reiches Programm, das der Lutherfeier Abwechslung  
und einen harmonischen Ausklang gab. Hel. Maria Dieckel  
verfügte über eine schöne, warme Altstimme, welche in ihren  
Vorträgen zu voller Geltung kam. Hel. Trudel Wetmann  
und Herr Doppelreiter Budfal haben durch ihre zarten,  
stimmungsreichen Zusammenspiele sehr zum harmonischen Ge-  
lingen der Feier beigetragen.

— Kein Zündwarenmonopol. Die im Zünd-  
warenenergiegesetz vom 10. September 1919 niedergelegte  
Befristung zur Einführung eines Herstellermonopols  
ist bekanntlich vom Reichstag kürzlich befristet worden,  
da die Einführung eines Monopols weder im finanziellen  
noch im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse des Reichs  
liegen würde. Zum Gebrauch im Inland bestimmte Zünd-  
waren unterliegen aber einer Verbrauchsabgabe.  
Es wird zur Zeit geprüft, wie im Wege des Ausbaues  
oder der Umgestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen  
der Zündwarenindustrie bei Erhebung der Produktion der  
Allgemeinheit eine gute und preiswerte Ware zugeführt  
werden kann. Zur Zeit werden im Inland etwa 60  
bis 70 Prozent des Bedarfs erzeugt. Der Rest wird  
eingeführt. Der Rückgang der Erzeugung hat vornehmlich  
keinen Grund im Rohstoffmangel und im Fehlen  
geeigneten Holzes. Es ist vor allem Eichenholz aus  
Nordwestrussland erforderlich, das schon erreichbar ist.  
Zur Zeit gibt es etwa 55 Zündwarenfabriken, die im  
letzten Verrechnungsjahr 84 119 Millionen Stück her-  
stellten.

Der neue Domet, der eine fast genau süd-nördliche Bahn hat, hat am 6. April den Äquator überschritten und befindet sich jetzt nahe dem Sternbild Skorpion. Er hat jetzt sechste Sterngröße und kann bereits mit schwachen Instrumenten wahrgenommen werden, voransichtlich wird er im Mai auch mit bloßem Auge zu sehen sein. Die Sonnennähe erreicht er am 10. Mai; er wird dann 151 Millionen Kilometer von der Sonne und 111 Millionen Kilometer von der Erde entfernt sein.

Calw, 22. April. (Der Calwer Hof.) Am 22. Febr. 1922 läuft der mit den Eheleuten Ring seitens der Stadtverwaltung abgeschlossene Pachtvertrag bezüglich der Bewirtschaftung des Calwer Hofes ab. Der seitiger Pächter hat sich bereit erklärt, den Hof wiederum auf 9 Jahre zu pachten und zwar um den Preis von 3000 Mk. (bisher 1000 Mk.), wenn ihm das Gut ungeschädelt belassen wird. Wenn das Areal zwischen Handelschloßplatz und W.-A. hätte im Umfang von ca. 6 Morgen, wie geplant, zu Pachtstücken (je 1/2 Morgen) veräußert würde, würde er nur 2000 Mk. bieten. Der Hof umfaßt 35 Morgen. In der gestrigen Gemeinderats-Sitzung wurde hierzu Stellung genommen. Das Angebot des seitigeren Pächters wurde als zu niedrig erachtet, weshalb der Pacht ausgeschlossen werden soll und zwar vorerst für das ganze Areal.

Reutlingen, 22. April. (Todesf.) Das Ehrenmitglied des württ. Obstbauvereins und des Deutschen Pomologenvereins, Odonomerat Friedrich Lucas, der langjährige Leiter und Besitzer des Pomologischen Instituts, ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Er war einer der ersten Autoritäten Deutschlands für Obst- u. Gemüßbau.

Cannstatt, 22. April. (Der Klassenkrank im Neckar.) Wasserwarter Gesner entdeckte in der Nähe des Militärschwimmbads einen Kasten, den er mit Hilfe eines Fischzuges emporzog. Es war der kürzlich dem hiesigen Schuhmacherverband gestohlene Klassenkrank, in dem sich ursprünglich 6000 Mark Unterstützungsgelder für die ausländigen Schuhmacher befanden. Man fand in ihm außer den für die Diebe wertlosen Ästen einen unbeachtet gelassenen 100 Mark Schein.

Stuttgart, 22. April. (Von Rathaus.) In letzter Zeit haben sich die Fälle der mutwilligen Warmierung der Feuerwehre mittels der elektrischen Meldapparate bedenklich gemehrt. Der Gemeinderat hat nun eine Belohnung von 100 Mark für die Ermittlung der Übeltäter ausgesetzt. Ferner beschloß der Gemeinderat, der Stadtgartengesellschaft, deren Mittel erschöpft sind und die sich ohne Hilfe auslösen müßte, den Nachschuß für 1921 zu erlassen und den derzeitigen Abmangel zu decken, wogegen der Stadtverwaltung als Entschädigung des Kaufgebäude, der Musikpavillon, das Gewächshaus u. a. überlassen werden. Der Vorschlag, den Stadtgarten in städtischen Betrieb zu übernehmen, wurde abgelehnt.

Stuttgart, 22. April. (Die Landwirtschaftskammer zur Getreidebewirtschaftung.) Der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der der Entwurf eines Haushaltsplans für 1921 durchgesehen wurde. Ferner wurde zur Redaktionsanfrage Stellung genommen und gefordert, daß die Landwirtschaft bei den mit der Durchführerbetrauten Behörden und Organisationen vertreten sein müsse. Zur Getreidebewirtschaftung 1921 nahm der Vorstand folgende Stellung ein: Die Bewirtschaftung des Getreides ist freizugeben; falls die Freigabe nicht zu erreichen ist, ist das Umlageverfahren dem jetzigen System als kleineres Übel vorzuziehen. Bei der Umlage müssen die kleinen Betriebe besonders berücksichtigt und ganz kleine Betriebe überhaupt freigelassen werden. Auf den Sektor dürfen nicht mehr als 8 Jtr. Getreide verlangt werden. Der Rest ist freizugeben. Der Preis für das Umlagegetreide ist nach den Feststellungen der Ermittlungskommission festzusetzen. Anbauzwang, Beschlagnahme und Mäßenkontrolle müssen unterbleiben. Die nächste Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer findet am 9. und 10. Mai statt. In der Hauptsache kommen zur Beratung: Der Haushaltsplan 1921; Grundpläne für Verlehnungsprüfung sowie für Pflanzenschutz und Bienenzucht; Reichsnotopfer und Umlagesteuer; Landkrankenversicherungs- und Milchbewirtschaftung 1921; Freigabe von Schrotmüllern; freier Handel mit Hafer; Redaktionsanfrage.

Walden, 22. April. (Brand.) Der Dachstuhl der Unteren Kirche von Dr. Schiedt ist gestern abgebrannt. Sämtliche wertvolleren Gegenstände des großen Gebäudes wurden rasch gerettet.

Münchingen, 22. April. (Gefährliche Mordverdächtige.) Die vor einigen Wochen wegen Mordverdachts in Haft genommenen Reutter und Zierstag, beide von hier, haben nach hartermüßigen Leugnungen eingestanden, das alte Frau in Waldshut ermordet und beraubt zu haben. Der Haupttäter ist Reutter. Den beiden Verdächtigen werden außerdem noch einige schwere Einbruchsdiebstähle in hiesiger Gegend zur Last gelegt.

Heidelberg, 22. April. Der Verkehrsverein beabsichtigt, am 2. Juni eine Schloßbeleuchtung mit Feuerwerks- und Bräudenbeleuchtung vorzunehmen.

### Handel und Verkehr.

Stuttg., 22. April. (Schlachtwirtschaft.) Dem Donnersmarkt am Hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 105 Kühe, 8 Bullen, 153 Jungkälber, 209 Jungschweine, 287 Kälber, 293 Kälber, 283 Schweine und 2 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Aus 1 Jtr. Lebendgewicht wurden erzielt: Kühe erste Qualität 670-750, zweite 450-620, Bullen erste 530-590, zweite 490-520, Jungkälber erste 670-730, zweite 540-640, Kälber erste 550-650, zweite 380-490, dritte bis 340, Schweine erste 740-780, zweite 680-700, dritte 600 bis 640, Schaf erste 1050-1150, zweite 1000-1050, dritte 900-950, Hammel, geschlachtet, Fleischgewicht 1000 Mk. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

### Saatenlandsbericht Mitte April.

Die Preisberichterstattung des Deutschen Landwirtschaftsvereins weist: Wenn auch das Wetter für die Frühjahrssaatung bisher überaus günstig war und dazu beigetragen hat, daß dieselbe in den meisten Gegenden schon beendet ist, so hat das überwiegend trockene Wetter im März und April das Wachstum der Feldfrüchte besonders auf den leichten Böden vielfach zurückgehalten. Die Trockenheit ist umso nachteiliger, da der Boden infolge des schneearmen Winters in der Tiefe nur wenig Feuchtigkeit aufweist.

Der Stand der Wintersaaten kann im allgemeinen noch als befriedigend bis gut angesehen werden, doch wird die weitere Entwicklung, insbesondere auch der jungen Frühjahrssaaten von genügender Wärme und Feuchtigkeit abhängen. Es wird häufig darüber geklagt, daß außer dem trockenen Wetter kühle Nächte, in denen die Temperatur vielfach unter 0 gesunken ist, das Wachstum gehemmt hätten. Der Stand des Winterweizens wird von 57 Prozent der Berichterstatter als gut, von 35 Prozent als mittel und nur von 7 Prozent als schlecht bezeichnet. Den Stand des Winterroggens bezeichnen 60 Prozent als gut, 35 Prozent als mittel und 5 Prozent als schlecht.

Der Stand der Futterpflanzen (Wiesen, Weiden, Klee) wird von 49 Prozent der Berichterstatter als gut gemeldet, gegen 71 Prozent im Vorjahr. 12 Prozent melden ihn als schlecht gegen nur 5 Prozent vor einem Jahr. Die Anbaufläche der Futtererbsen wird erheblich größer sein als im Jahr 1920. Auch bei Kartoffeln wird man mit einer etwas größeren Anbaufläche rechnen können.

Auf die Anfrage, ob Flächen ungebaut bleiben, haben sämtliche Berichterstatter „nein“ geantwortet, doch wurde hin und wieder über ein Zurückbleiben der Beackte berichtet. Aus der Provinz Sachsen wird mitgeteilt, daß auf den guten Böden ein langsam ansteigender Anbau der Futterpflanzen gegenüber den übrigen Futterpflanzen bemerkbar sei. Auch die Frage, ob die Bestellung im März durch Streik verzögert wurde, haben sämtliche Berichterstatter verneint, gegenüber nur 73 Prozent um dieselbe Zeit 1920.

### Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die Androhung neuer Konventionen durch die Entente zum 1. Mai hat eine fortschreitende Entwertung der deutschen Mark im Gefolge. Am 15. April wurden 100 deutsche Mark in Zürich mit 8.20 Franken notiert, am 21. waren sie auf 8.57 1/2 Franken gefallen. In Amsterdam notierten am 21. April 100 deutsche Mark 4.57 1/2 (am 15. 4.62 1/2) Gulden; in Kopenhagen 8.50 (9), in Stockholm 8.20 (8.75) Kronen; in Wien 1015 (1010), in Prag 115.75 (114.25) Kronen; in London 2.60 1/2 (2.47 1/2) Schilling; in Neuyork 1.44 (1.35) Dollar und in Paris 21 1/2 (22 1/2) Franken.

Wiese. Die schnell herannahende Zeit für die Entscheidung in der Entschädigungsfrage hat die Stimmung an den deutschen Börsenplätzen mit wachsender Beunruhigung erfüllt. Die Kurslist nahm in dieser Woche von Tag zu Tag ab. Die Spekulation legte sich große Zurückhaltung auf. Immerhin blieb die Wiese bis jetzt noch vor einem gar zu großen Kursrückgang verschont. Der Anlagemarkt zeigte eine ziemlich gute Haltung: Reichsbankanleihen blieben mit 93 behauptet, Reichsanleihe gegen 77.35 auf 77.30 zurück, Staatsanleihenberger waren mit 80 1/2 unverändert angeblieben.

Produktenmarkt. Sämtliche Erzeugnisse auf Grund des erhältnismäßig guten Saatenstands haben die Stimmung an der Produktbörse bis jetzt kaum beeinflusst. Das Ansehen der Devisenkurse macht sich im Preisniveau bemerkbar. Im letzten herrschte Preisstauung. Am 21. April wurden in Berlin notiert: Weizen 123-135 (unverändert), Futtererbsen 110-120 (+ 10), Raps 175-180 (- 5 bis 10), Reis 180 bis 210 (- 10), Weizen 18-20 (- 1), Stroh 19-20 (- 1 bis 1 1/2), Mais 120 (+ 2 bis 3) Mark.

Waremarkt. Die immer noch unruhige Steigerung der Durchschnittspreise für die notwendigen Bedürfnisse im Vergleich zu den Fallpreisen bewirkt eine arbeitsarme Stimmung des Warenmarktes. Die letzte Kohlenpreiserhöhung wird jetzt als harmlos angesehen im Vergleich zu der Gefahr einer Verengung auch des Rohmaterials. Das Ansehen des Sprengstoffes behält ebenfalls auf das Geschäft und läßt einen starken Rückgang in manchen Industriezweigen befürchten. Das Interesse für Textilwerte will immer noch nicht zunehmen. Der Schuhmarkt hat sich eher die Richtung belebt, seitdem die letzten Dividenden die Befriedigung neuer Preisforderungen nachgerufen haben.

Wohlmarkt. Feste Preise sind immer noch an der Tagesordnung, jedoch wird eher trüger als billiger. Ferkel kosten schon wieder 400 Mark das Stück. Die Ferkelpreise sind auch auf dem Stuttgarter Viehmarkt nicht nennenswert heruntergegangen.

Holzmarkt. Eine kleine Belebung der Nachfrage nach Bauholz ist zu verzeichnen, hat aber noch wenig Anklang auf die Preise gemacht. Die Angebote für Rundholz bleiben durchweg unter den Tagen. Der Brettermarkt ist geschäftlos.

### Vermischtes.

Hundertjahrfeier für Knipps. Der 100. Geburtstag Sebastian Knipps wird bekanntlich in Bad Wäldershausen über die Wäldershäuser Straße gefeiert. Am Freitag, den 21. April, wird im Rathaus die Gedächtnisfeier für Vater Knipps stattfinden. Am Samstag, den 22. April, wird Knipps' 100. Geburtstag im Hof von Knipps in Knipps gefeiert. Der Vorstand des Knippsvereins hat beschlossen, bei dem der alte Freund Knipps Dr. Baumgartner, die Festrede hält. Dazu wird die Grundsteinlegung des Knipps-Museums vorgenommen. Nachmittags bringt die Jugend eine Huldigung dar.

Städtische Straßen. Die Straße am in Freiburg i. B. verurteilte zwei Geldstrafen aus Ludwigsburg, die 1100 0 Silbermarken im Kraftwagen nach der Schweiz verschoben wollten, zu je 6 Monaten Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe.

Schmuggel. In Wien wurden der Vorstand der Filiale Stendal des Rotenburger Bankhauses Müller, Heinrich Müller, und der Kaufmann Otto Brösse aus Ratzenow beim Versuch, 2 1/2 Millionen geimpfter überseeischer Kronennoten nach Deutschland zu schmuggeln, erfaßt.

Antrag auf Beweibereit. Aus Prag wird mitgeteilt, daß ein mährischer Abgeordneter im tschechoslowakischen Landtag allen Erstes den Antrag einbrachte, alle Männer unter 50 Jahren sollten nicht etwa das Recht, sondern die Pflicht haben, zwei Frauen sich zu nehmen. Begründet wird dieser Gesetzesvorschlag damit, daß infolge des Krieges ein ungewöhnlicher Mangel an Männern besteht und auf diese Weise dem Frauenüberschuß abgeholfen werden könne.

Die Monats- und Wochenkarten im Fernverkehr werden zum 1. Juni im Preise stark erhöht. Die Mindestentfernung für die Monatskarten überhaupt ausgegeben werden, ist auf 7 Km. festgesetzt worden. Daffür beträgt der Preis in der 2. Klasse 46, in der 3. Klasse 28 und in der 4. Klasse 19 Mk. Dieser Preis steigt bei einer Entfernung von 8 Km. auf 52, 32 bzw. 21 Mk., bei 9 Km. auf 59, 36 und 24 Mk., bei 10 Km. auf 65, 39 und 26 Mk. Bei Entfernungen von 15 Km. beträgt der Preis für die Monatskarte bereits 98, 59 und 39 Mk., bei 20 Km. 130, 78 und 52 Mk., während für die Entfernung von 30 Km. 195, 117 und 78 Mk. vorgezogen sind. Die Preise steigen bis 975, 585 und 390 Mk. bei einer Entfernung von 150 Km.

### Letzte Nachrichten.

WZS. Bern, 22. April. Die Frage der Wafflieferung des Mittelbestandes der Reichsbank, sollte nach dem Berner Tagblatt, dem Bundesrat alle Ursache sein, sich zur Wahrung der schweizerischen Interessen rechtzeitig mit der von den Alliierten angebotenen Maßnahmen zu befassen. Die geplante Konfiskation der deutschen Goldbestände ließe in jedem Falle auf eine fast vollständige Vernichtung zu Nacht bestehender schweizerischer Guthaben in Deutschland hinaus. Auch könne es der schweizerischen Industrie durchaus nicht gleichgültig sein, ob Deutschland für eine Viertelmilliarde schweizerischer Waren kauft, oder ob es nur noch für 8 Millionen schweizerische Waren bezieht.

WZS. Paris, 22. April. Ueber die bevorstehende Besetzung des Ruhrgebietes schreibt das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“, es würde schwierig sein, die Arbeiter zur Arbeit zu zwingen. Im vergangenen November hatte die Delegation der Gewerkschafts-Internationale im Ruhrgebiet Selbsteinstellung, in allen Arbeiter-eisen eine einmütige Stimmung festzustellen. Wenn die Franzosen kommen, sei von allen Seiten gesagt worden, so wird das vorerst den Anteil und dann die Verminderung des Ertrags bedeuten. Wir wollen wohl arbeiten, aber als freie Männer, nicht unter Zwang! Und das sei noch die gemäßigtere Ansicht derjenigen Arbeiter gewesen, die sich bemühten, die anderen von unabsehbaren Handlungen abzuhalten.

WZS. London, 22. April. „Daily Mail“ meldet aus Newyork, daß der frühere amerikanische Marineoffizier Daniels erklärt, die Vereinigten Staaten könnten auf ihre Rechte und auf Gas nicht verzichten, selbst wenn es darum zum Krieg kommen sollte. Er hoffe indessen zweifellos, daß ein Krieg mit Japan vermieden werden könne.

Nach Meldungen aus Tokio erklärten japanische Blätter, daß die Forderung der Vereinigten Staaten bezüglich Japs unvernünftig sei und billigen, daß das japanische Kabinett beschlossen habe, trotz der Note der Vereinigten Staaten keine Änderung der japanischen Politik in dieser Frage einzutreten zu lassen.

WZS. London, 22. April. „Daily News“ schreiben in einem Leitartikel, die Interessen nicht nur Englands, sondern ganz Europas einschließlich Frankreichs verlangte, daß Lloyd George formell und energisch gegen den Vorschlag der Besetzung des Ruhrgebietes Einspruch erhebe.

WZS. London 23. April. (Reuter) Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftskongresses veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Dem Vorschlag einer Besetzung des Ruhrgebietes sollte mit allen diplomatischen Mitteln entgegengewirkt werden. Die fristigen Fragen seien einem neutralen Schlichter zu überweisen.

WZS. Berlin, 23. April. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Mühlheim a. N. daß der Bürgermeister von dem Kommandanten der in Epelebsdorf liegenden Truppen Mitteilung erhielt, daß der Pflanzkommandant von Duisburg die Grenze des Besetzungsbereiches bis nahe an die Ruhr im Stadteil Broich gezogen habe.

WZS. Berlin, 23. April. Das Reichskabinett trat gestern nach Schluß der Sitzung des Reichstages zu einer Sitzung zusammen, um die deutschen Vorschläge zu beraten, die der amerikanischen Regierung übermitteln werden sollen.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt zu wissen, daß die Reichsregierung heute, spätestens morgen die Vorschläge an den amerikanischen Präsidenten abgeben werde.

WZS. Berlin, 23. April. Nach einer Londoner Meldung des „Berliner Tageblattes“ wird aus Newyork berichtet, daß nach der amerikanischen Antwort auf die deutsche Note die Markt an der Newyorker Börse eine feste Haltung zeigte. Es besteht keine Nachfrage, jedoch sich der Kurs gestern erheblich höher stellte als vorher. Wie die Meldung lautet, könne man hieraus die Schlussfolgerung ziehen, daß das amerikanische Publikum im allgemeinen weitere Schritte erwarte und nicht der Ansicht sei, daß Amerika das letzte Wort in der Angelegenheit gesprochen habe.

WZS. Wien, 22. April. Wie die Blätter aus Innsbruck melden, hat die Stadt anlässlich der Volksabstimmung für den Anschluss an Deutschland Flaggenschmuck angelegt. Es werden mehr als 8000 abstimmberechtigter Tiroler aus allen Teilen Deutschland und Osterreichs in Innsbruck erwartet.

### Wutwahliches Wetter.

Der aus dem Westen kommende Hochdruck hat noch einige Teilschwüngen in Süddeutschland zu überwinden. Am Sonntag und Montag ist deshalb noch vielfach bedecktes, nur zeitweilig aufhellendes und mit vereinzelt Niederschlägen verbundenen Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei Kienast, für die Schriftleitung verantwortlich: Eduard Paul.

## Umfliche Bekanntmachungen.

Pf rde-, Vieh- und Schweinemarkt in Ragold.

Für den Markt am 28. ds. Mts. gelten folgende Vorschriften:

1. Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen keine Klauenlöcher zugeführt werden.
2. Für alle zum Markt gebrachten Klauenlöcher sind Ursprungszeugnisse beizubringen. Tiere, für die solche Zeugnisse nicht beigebracht sind, werden nicht zugelassen.
3. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung und aufse hild des Marktplatzes darf ein Handel, d. h. ein Feilbieten, An- und Verkauf der Tiere, nicht stattfinden.
5. Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
6. Der Schweinemarkt beginnt um 7 Uhr, der Rindvieh- und Pferdemarkt um 7 1/2 Uhr.

Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt zurückgewiesen.

Ragold, den 22. April 1921. Oberamt: Mäuz.

## Die Schultheißenämter

werden an die umgehende Erledigung meines Ausschreibens der Anmeldungen zur Schutzimpfung gegen Schweineotlauf erinnert. — Gehaltszettel ist zutreffenden Falles zu erstatten.

Ragold, den 22. April 1921.

Oberamts-tierarzt Dr. Reuger.

## Grömbach.

## Langholz-Verkauf.

Am nächsten Mittwoch, den 27. April ds. Jrs., nachmittags 2 Uhr, werden auf dem hiesigen Rathaus aus dem Gemeindefeld, Abt. Neumühlwald, Ob. Schleichwald und Pfarrwald, insgesamt:

### 286 Festm. Langholz

und zwar:	26,29 Festm.	I. Kl.
	100,36	II. "
	104,10	III. "
	31,72	VI. "
	18,94	V. "
	5,5	VI. "

das Durchforstungs- und Scheidholz, sowie 9 Rm Brennholz aus dem Neumühlwald im öffentlichen Aufstreich versteigert.

Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

## Sämtliche Aussteuer-Artikel

in tiefer Auswahl zu wiederholt herabgesetzten Preisen.

Christian Schwarz, Ragold, Bahnhofstraße.

## Del-Verkauf.

Wegen Aufgabe der Delfabrikation verkaufen wir noch vorräthige, kleine Quantitäten

Ia Speiseöl  
Ia Mohnöl  
Ia Leinöl

zu billigen Preisen.

Aug. Reichert & Cie. Nachf. G. m. b. H.

Delfabrik

Ragold.

Eingekauft.

Betrifft berechnigte Milchpreis-erhöhung.

Vor kurzer Zeit erklärte ein Staatsmann der Entente, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel wären. Diese Neuerung hat schribar in Deutschland seine Wirkung nicht verfehlt, denn man hat schon ein wirksames Mittel gefunden, um diesem Uebel abzuhelfen. Die Milch nämlich, die Hauptnahrung der Kinder, der Kranken und älteren Leute, wurde im Preis auf solche unerschwingliche Höhe gesetzt, daß viele Leute der minderbemittelten Klasse sich die wesentliche Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen können. Sollte der jetzt festgesetzte Phantasiapreis beibehalten werden, so wette ich, daß das Ziel der Volksreduzierung bald erreicht sein wird. Denjenigen aber, die den 50proz. Aufschlag für eine gerechte Sache halten, rufe ich zu: „Denn vergib ihnen, denn . . ." Ein Verbrancher.

Altensteig.

## Schweine-schmalz

bestes amerikanisches

1 Pfund	Rt. 12.—
bei 5	" 11.75
10	" 11.50

## Pflanzenfett (Kokos-fett)

offen 1 Pfund Rt. 11.—  
in 1 Pfd. Tafeln Rt. 11.50  
empfiehlt von frischen Sendungen

Chr. Burghard jr.

Statt Arrien.

Ragold — Gengenwald.

## Hochzeits- = Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 26. April 1921

im Gasthof zum Waldhorn in Berned

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Richard Walz

Sohn des J. G. Walz, alt Ankerwirt  
in Ragold

Anna Stein

Tochter des Karl Stein, Gutsbesitzer  
in Gengenwald

Rückgang um 1/2, 12 Uhr in Zwerenberg.

Altensteig.

## Bestellungen auf Schwammsteine

Größe 25/16/14, 25/12/10

die nächster Tage eintreffen, nimmt entgegen

Joel Walz  
Gangeschäft.

## Der verehrl. Einwohnerchaft von Altensteig und Umgebung mache ich die höfll. Mitteilung, daß ich in Stuttgart-Berg (Süstaarterstraße Nr. 6) eine

## Färberei u. chem. Reinigung

eingerrichtet habe. Ich empfehle mein Geschäft im

Färben und Reinigen von Herren- und Damengarderoben, Teppichen, Decken, Parkieren, Möbelstoffen, Hüten, Federn etc.

bei schonendster Behandlung und billigster Berechnung.

Hochachtung

Eugen Schaupp.

Annahmestelle in Altensteig bei:  
Frl. Lydia Schaupp.

Verkaufe am Montag Vormittag 9 Uhr 2 schöne



## Zugtiere

Gewicht 23 Zentner.

Fritz Weber, Pfalzgrafenweiler

Telefon Nr. 21.

## Alle

## Schulbücher u. Schulartikel

kauft man solid und preiswert in der

W. Nieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

Hochdorf.

Eine hochtrachtige



hat zu verkaufen

Joh. Wurster.

Heberberg.

Schönen, sehr wachsamem

Wolf-

spitzer

(1/2-jähr.)

Händin,

als Schä-

ferhund

geeignet, verkauft Halb.



Eine leichtere

## Ralbin



verkauft

Johannes Schleich  
Renweiler.

Reinigen Sie Ihr Blut!

Dr. Bullebs Mankur ist der beste Blutreinigungs- und Abführtee. Zu haben bei: F. W. Gutekunst, Schwarzwald-Drogerie, Altensteig.

## Benzin-Feuerzeuge

in allen guten Systemen sowie

Benzin, Steine und Dochte

empfiehlt bei billigen Preisen

Lorenz Luz jr.

Telefon 46.

Altensteig.

Ein jüngerer

## Knecht

sowie eine tüchtige

## Magd

beide für Haus und Landwirtschaft sucht zu sofortigem Eintritt

Dieterle z. Stern.

Einige Hekt

## Maischlempe

hat abzugeben

der Obige.

Egenhausen.

Ungefähr 70 St.

## Spiritusflaschen

ungefähr 100 St. Flaschen, 1 und 1/2 Liter haltend und 5 Pfd.

reines Wachs

hat abzugeben

J. Kallenbach.

Tüchtiges, erfahrenes

## Mädchen

in größere Familie gesucht, das in den Haushaltungsgeschäften erfahren ist. Hoher Lohn, gute Behandlung, sowie Familienanschluss. Eintritt 1. oder 15. Mai.

Frau Reallehrer  
Bodamer  
Ragold.

## Prächtiges Haar

erzeugt Dr. Bullebs Birkenwasser. Zu haben bei: F. W. Gutekunst, Schwarzwald-Drogerie, Altensteig.

Altensteig.

## Brennspiritus

ist zu haben bei

Karl Heussler sen.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag Kantate, 24. April. So. Gottesdienst um 1/2 10 Uhr in der Kirche. Nieder 20. 428. Nachher Rindergottesdienst. 1/2 2 Uhr Lektür.

Statt Bibelstunde Dienstag Frauenabend.

Gemeinsch. Jugendheim. Sonntag, 24. April, abends 8 Uhr Besammlung.

Methodistengemeinde. Sonntag den 24. April vorm. 1/2 10 Uhr Predigt, vorm. 11 Uhr Sonntagschule, nachmittags 2 Uhr Jugendbund, abends 8 Uhr Predigt.

Mittwoch den 27. April abends 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Kathol. Gottesdienst Montag, 25. Apr., 1/2 10 Uhr.